

Die Regierung will alle Möglichkeiten bis hin zum Verkauf des Spitals

Am 21. Mai entscheiden die Stimmberechtigten des Kantons über die Umwandlung des Kantonsspitals Winterthur und der Psychiatrie Winterthur in Aktiengesellschaften.

Susanne Anderegg

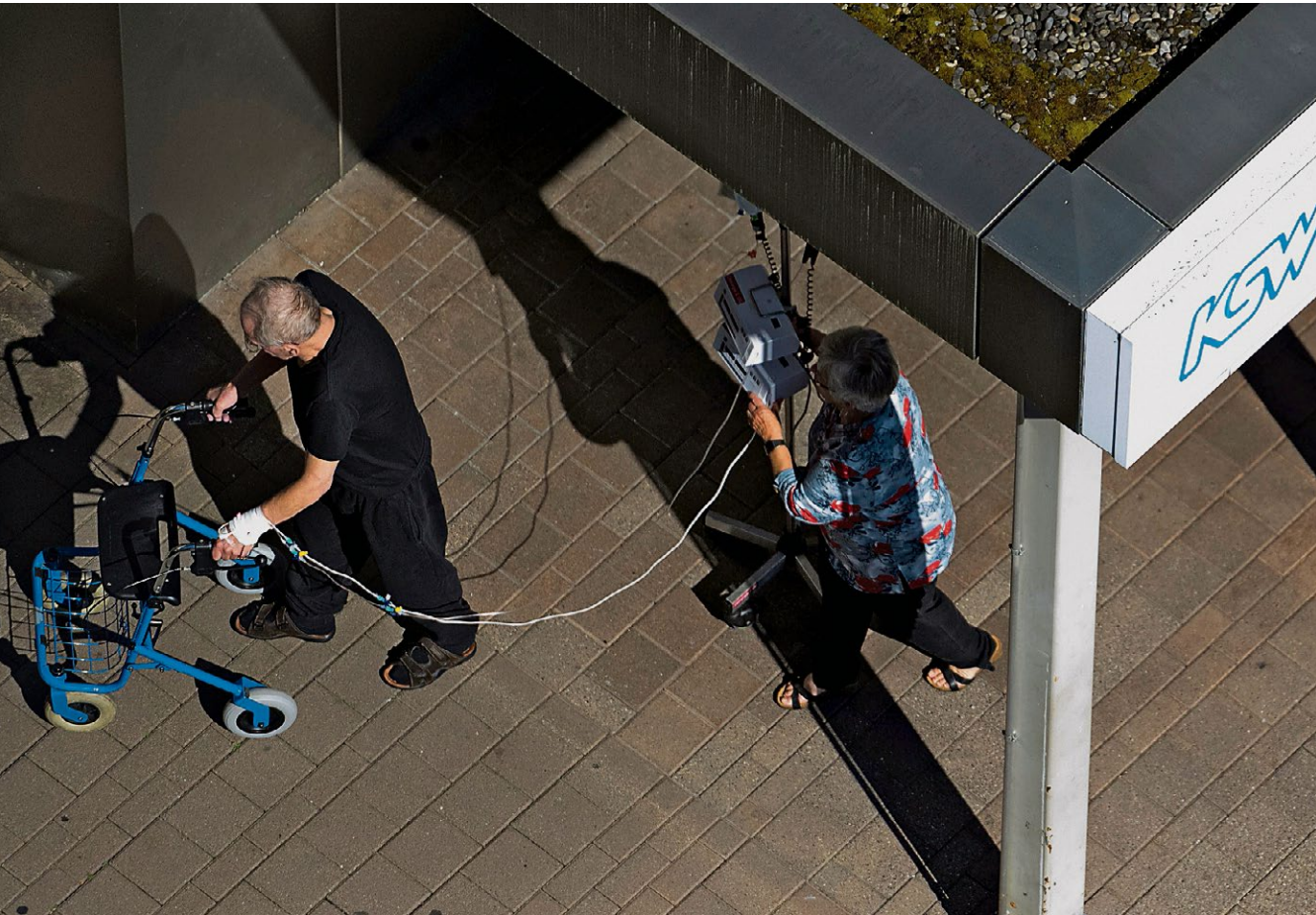
Das Kantonsspital Winterthur (KSW) hat vor zehn Jahren schon einmal eine neue Rechtsform erhalten, um gewisse unternehmerische Entscheide selber treffen zu können. Es wurde damals aus der Gesundheitsdirektion herausgelöst und zur selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt. Nun soll es noch mehr Freiheiten bekommen und deshalb zur Aktiengesellschaft werden. Das wollen der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates so. Nur so könne das KSW im verschärften Wettbewerb mit anderen Spitälern erfolgreich sein, sagen sie. Ein zweiter kantonaler Gesundheitsbetrieb mit Sitz in Winterthur, die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (IPW), soll ohne Zwischenschritt direkt von der Verwaltungsabteilung zur Aktiengesellschaft werden. Als AG sind das KSW und die IPW frei, mit andern Unternehmen neue Firmen zu gründen oder gegenseitige Beteiligung einzugehen.

SP, Grüne, AL und die Gewerkschaften lehnen diese «Privatisierungen» ab, wie sie auch schon die Vorseibstständigung des KSW vor zehn Jahren abgelehnt hatten. Damals sagte das Volk Ja. Nun entscheiden die Stimmberechtigten des Kantons am 21. Mai.

Parlament baut Sicherungen ein

Eine eigentliche Privatisierung ist es allerdings noch nicht, was die beiden Zwillingengesetze zu KSW und IPW vorsehen. Vorerst erhalten die Betriebe nur eine private Rechtsform, nicht private Besitzer. Die Aktien bleiben während einer Sperrfrist von fünf Jahren vollständig beim Kanton. Danach kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz bis zu 49 Prozent verkaufen. Will er mehr veräussern, braucht er die Zustimmung des Kantonsrates und bei einem Referendum auch jene des Volkes. Der Regierungsrat hatte zuerst vorgesehen, dass er selber eine Aktienmehrheit verkaufen könnte; nach den negativen Vernehmlassungsantworten entschärfte er aber diesen Paragraphen.

Der Kantonsrat baute dann noch weitere demokratische Bremsen in die Privatisierungsvorlagen ein. So behält er sich vor, die vom Regierungsrat nominierten Verwaltungsratsmitglieder abzulehnen. Auch muss der Regierungsrat die Gründungsstatuten und die Eigentümerstrategie dem Parlament zur Genehmigung vorlegen. Darin kann man zum



Wegweisende Abstimmung: Im Mai entscheidet das Volk über die Zukunft des Kantonsspitals und der Psychiatrie. Foto: Urs Jaudas

Beispiel bestimmen, dass die Aktiengesellschaft ein für alle zugängliches Spital oder eine Klinik betreiben muss.

Der Linken genügen diese Barrieren nicht. Die Vorlagen seien der erste Schritt zum Verkauf von KSW und IPW an private Besitzer, denen die Rendite

wichtiger sei als eine gute Versorgung auch in wenig lukrativen Bereichen. Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger nährte diese linken Befürchtungen mit wiederholten Aussagen, er wolle sich von den Winterthurer Betrieben trennen. Es sei nicht Aufgabe des Kantons,

regionale Spitäler zu führen. Zudem sei dies staatspolitisch bedenklich, weil der Kanton damit in einem Rollenkonflikt sei: Einerseits erteilt er Leistungsaufträge an die verschiedenen Spitäler und Kliniken und stellt Regeln für sie auf, andererseits betreibt er selber welche.

Ablehnung in Winterthur

In Winterthur zeichnet sich ein Nein für die Aktiengesellschaften ab, da hier nicht nur die linken, sondern auch die Mitteparteien gegen die Vorlagen sind. Die Lokalsektionen von CVP, GLP und EVP haben zweimal Nein beziehungsweise Stimmfreigabe beschlossen (EVP zum KSW), während ihre Kantonalparteien zweimal Ja empfehlen. Der Stadtrat von Winterthur sagt Ja zum KSW-Gesetz; für die IPW gibt er keine Empfehlung ab. SP, Grüne und AL kämpfen geschlossen gegen beide Spitalvorlagen. SVP, FDP, EDU und BDP befürworten sie. Gesamtkantonal dürfte es ein spannender Urnengang werden.

Zahlen und Fakten Kantonsspital und Psychiatrie

Das Kantonsspital Winterthur (KSW) ist das zweigrösste Akutspital im Kanton Zürich – hinter dem Unispital und vor dem Stadtsptial Triemli. Das KSW hat letztes Jahr 27 000 Patientinnen und Patienten stationär behandelt und 228 000 ambulant. Es verfügt über 500 Betten. Derzeit wird ein neues Bettenhaus erstellt, welches das Hochhaus ersetzt. Bei einem Umsatz von 500 Millionen Franken hat das Spital einen Gewinn von 30 Millionen erzielt. Mit 3500 Angestellten gehört es zu den grössten Arbeitgebern in der Region Winterthur. Darüber hinaus ist das KSW ein wichtiger Ausbilder: 16 Prozent der Mit-

arbeitenden sind in einer Ausbildung. Zur Integrierten Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (IPW) gehören 40 Angebote im nördlichen Kantonsteil: Ambulatorien und Tageskliniken an diversen Standorten sowie das Zentrum Hard in Embrach und die Stammklinik Schlosstal in Winterthur-Wülflingen. Die Zürcher Gesundheitsdirektion hatte die IPW vor 16 Jahren als Modellbetrieb einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung gegründet, wo dem Grundsatz «ambulant vor stationär» nachgelebt wird. Die IPW beschäftigt rund 850 Mitarbeitende, der Jahresumsatz beträgt rund 100 Millionen Franken. (an)

Freispruch für Ex-Autorennfahrer Walter Brun

Der frühere Rennstallbesitzer aus dem Kanton Luzern wird in Zürich vom Vorwurf freigesprochen, gegen das Spielbankengesetz verstossen zu haben.

Thomas Hasler

Die Geschichte ist so alt, dass sie schon bald nicht mehr wahr ist, die Vorwürfe reichen zurück ins Jahr 2008. Der heute 75-jährige Walter Brun, der schon in den frühen 1960er-Jahren im Glücksspielautomaten-Geschäft tätig gewesen war und damit ein Vermögen verdient hatte, hatte vom 21. August bis zum 22. Dezember 2008 im damaligen Restaurant Lades an der Zürcher Langstrasse das Gerät «Super Competition» aufgestellt – und zwar «ohne Prüfung, Konformitätsbewertung oder Zulassung zum Zwecke des Betriebs», wie es im einschlägigen Artikel des Spielbankengesetzes heisst.

Die Strafverfolgung der Eidgenössischen Spielbankenkommission (ESBK) mit einer Busse von 5000 Franken hat Brun gerichtlich beurteilen lassen. «Die Busse zahle ich nicht», verkündete er vor der Einzelrichterin des Bezirksgerichts Zürich. Und stellte gleich auch

noch klar: «Ich bin stocksauer auf die Kommission.»

Dafür gab es aus der Sicht von Brun diverse Gründe. Er sei von der Kommission noch nie korrekt behandelt worden. Anstatt Antworten zu erhalten, habe er eine Busse kassiert. Denn er habe sich vor dem Kauf des Glücksspielautomaten bei der ESBK erkundigt, ob dessen Betrieb erlaubt sei. Man habe ihm beschieden, man werde das abklären. Er sei dann mit einer Antwort hingehalten worden.

Maschine war «eine Missgeburt» Schliesslich habe er je ein Schreiben der Berner Polizeidirektion und der Zürcher Sicherheitsdirektion erhalten, dass es derzeit keine Einschränkung gebe, sagte Brun. «Für mich war das kein Glücksspielautomat, sonst hätte ich das Gerät gar nicht gekauft.» Im Übrigen sei die Maschine «eine Missgeburt» gewesen. «Sie lief nicht so gut wie erwartet.»

Tatsächlich war für den «Super Competition» im Juli 2008 ein Qualifikationsverfahren eingeleitet worden. Das Gerät wurde etwas mehr als zwei Jahre später als Glücksspielautomat qualifiziert, was das Bundesgericht im März 2012 bestätigte.

Bruns Anwalt sagte, im Jahr 2008 habe eine grosse Rechtsunsicherheit ge-

herrscht, ob es sich bei den Automaten um Glücks- oder Geschicklichkeitsspiele handelt. Als Brun das Gerät gekauft habe, habe es offiziell noch nicht als Glücksspiel gegolten. Er habe sich bei der Spielbankenkommission erkundigt, habe zwei Unbedenklichkeitschreiben zweier kantonalen Behörden gehabt und sei von niemandem darüber aufgeklärt worden, dass er das Gerät schon vor der offiziellen Qualifikation als Glücksspielautomat hätte kontrollieren lassen müssen.

Brun habe sich – rechtlich gesprochen – über den Sachverhalt geirrt und auch nicht gewusst oder wissen können, dass er sich rechtswidrig verhalte. Wer sich im Rechtsirrtum befindet, handelt nicht schuldhaft. Und überhaupt: Weil die Verfolgungsverjährung sieben Jahre betrage, sei die ganze Sache seit Dezember 2015 verjährt. Einen ersten Strafbescheid erhielt Brun nämlich erst im April 2016.

Urteil noch nicht gefällt, aber...

Die Einzelrichterin hat ihr Urteil unmittelbar nach der Verhandlung formell noch nicht gefällt. Sie hat aber angekündigt, dass es einen Freispruch geben wird. Sie hat Auswahl: Verjährung, Sachverhaltsirrtum oder Irrtum über die Rechtswidrigkeit.

Märtplatz erteilt Jürg Jegge ein Hausverbot

Die Stiftung Märtplatz grenzt sich von Jürg Jegge ab. Der gefallene Pädagoge darf das Gebäude seines Lebenswerks nicht mehr betreten.

Der Fall Jegge zieht weitere Konsequenzen nach sich: Jürg Jegge muss dem Haus der Stiftung Märtplatz in Freienstein, die er 1985 gegründet hat, fernbleiben. Das berichtet die «SonntagsZeitung». Jegge wohnt gleich gegenüber. Ein ehemaliger Schützling hat den Pädagogen des sexuellen Missbrauchs beschuldigt, den Jegge auch eingestanden hat.

Die Einrichtung Märtplatz verhilft Jugendlichen mit Startnachteilen zu einer Lehre und damit auch zum Einstieg ins Berufsleben. Der heutige Leiter der Institution, Kuno Stürzinger, begründet das Hausverbot wie folgt: «Es sind uns einige Lehrlinge bekannt, die selbst, bevor sie zum Märtplatz kamen, missbraucht wurden. Ihnen können wir nicht zumuten, dass sich ein geouteter Täter an ihrem Arbeitsplatz aufhält.» Jegge habe das Rayonverbot zur Kenntnis genommen.

Stürzinger ist kein Zögling von Jegge. Er stiess von aussen zur Stiftung. Die Argumentation seines Vorgängers und Märtplatz-Gründers, der seine Übergriffe in den damaligen historischen Kontext stellt, findet er «inakzeptabel». Das sei ein Versuch, die Verantwortung von sich zu weisen. Jegge schade mit seinen Taten der Pädagogik, sagt er.

Den Bruch mit Jegge vollzog die Stiftung letzte Woche. Jegge ist nach Gesprächen mit dem Stiftungsrat als Ehrenpräsident zurückgetreten. Die publik gewordenen Missbrauchsfälle betreffen ehemalige Schüler Jegges, Fälle aus dem Märtplatz sind bisher nicht bekannt. Stürzinger plant trotzdem Massnahmen mit einer externen Ombudsstelle.

Die NZZ hat am Samstag einen weiteren Fall mit einem sexuellen Übergriff von Jegge veröffentlicht. Dabei geht es um einen Jugendlichen, der im Sommer 1978 in Jegges Sonderschule eingetreten war und neun Monate dort verbracht hatte. Missbraucht worden war er beim Lehrer zu Hause, während der Ferien und im Skilager. (zet)

Mehrere Verletzte am Osterwochenende

Die Stadtpolizei Zürich musste in der Nacht von Karfreitag auf Ostersonntag für mehrere Einsätze ausrücken, bei denen es zu Verletzten kam. Kurz vor 23.30 Uhr kontrollierte eine Patrouille an der Ankerstrasse sechs Personen. Ein Mann aus der Gruppe versuchte sich der Kontrolle zu entziehen und wollte weggehen. Als er von einem Polizisten zurückgehalten wurde, drehte er sich um und griff den Polizisten an. Es kam zu einem Gerangel, bei dem der Mann dem Polizisten in einen Finger biss und einen zweiten Finger brach. Der 26-jährige Dominikaner wurde verhaftet.

Kurze Zeit später schlug im Kreis 4 ein Passant mehrmals gegen ein Taxi. Als der Taxichauffeur aus seinem Fahrzeug stieg, griff der Mann ihn unvermittelt an und verletzte ihn dabei am Kopf. Eine vorbeifahrende Streifenwagenpatrouille wurde auf das Geschehen aufmerksam und trennte die beiden Männer. Der Taxifahrer musste zum Arzt.

Am Sihlquai im Kreis 5 kam es kurz vor 4.30 Uhr zu einem Streit zwischen zwei Frauen. Dabei schlug eine 20-jährige einer 24-jährigen eine Flasche an den Kopf und verletzte sie, sodass sie von Schutz & Rettung ins Spital gebracht werden musste. Die Polizei klärt nun ab, weshalb es zu diesem Streit kam. (zet)

Die Ecke

Ach, April!

Nach Ostern kommt der Herbst: Es ist wieder kalt und nass. Und auf den Strassen Zürichs liegen rosa Kirschblütenblätter. (slm)